

DIE SICHERHEIT DER EU: EINE POLITISCHE PRIORITÄT

Jacques Delors, Pascal Lamy, António Vitorino, Eneko Landaburu, Etienne Davignon, Nicole Gnesotto, Elisabeth Guigou, Philippe de Schoutheete, Elvire Fabry und Nicole Koenig, Mitglieder der Task Force des Jacques Delors Institute zum auswärtigen Handeln der EU.

Die Sicherheit der Europäischen Union zu gewährleisten ist keine technische Frage, die einfache bürokratische Anpassungen erfordert. Sie ist neben der Rückkehr zum Wachstum die wichtigste politische Herausforderung der Europäer. Die Instabilität in der Nachbarschaft hat tiefgreifende Auswirkungen auf die gesamte Europäische Union. Es gibt keinen Mitgliedstaat, der vor Terroranschlägen gefeit ist oder der sich bei der Reaktion auf die Flüchtlingsströme aus der Verantwortung stehlen und dabei die negativen kurz- bis mittelfristigen Auswirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs mehrerer Nachbarländer ignorieren kann.

Einseitige Maßnahmen der Mitgliedstaaten reichen angesichts des Ausmaßes dieser Herausforderungen bei weitem nicht mehr aus. Die Europäer können darauf nur gemeinsam und mit einer klaren Festsetzung ihrer kurz- und mittelfristigen Prioritäten reagieren. Die zurzeit laufende Überarbeitung der europäischen Sicherheitsstrategie ist sicherlich notwendig. Doch dieser eher abstrakte Prozess darf konkrete politische Handlungen nicht verzögern. Dringende politische Initiativen sollten im Rahmen des umfassenden Ansatzes koordiniert werden und die nachstehenden Ziele verfolgen:

- Ausweitung der Solidarität im Kampf gegen den „Islamischen Staat“;
- Ausarbeitung einer mittelfristigen Strategie für Syrien;
- Unnachgiebiges und geeintes Auftreten „gegenüber und mit“ Russland;
- Dringende Antwort auf die Migrationskrise;
- Vertiefung und Ausweitung der Kooperation in Sicherheitsfragen.

Einführung

Die Attentate vom 13. November 2015 in Paris haben das bestehende Kontinuum zwischen äußerer und innerer Sicherheit auf dramatische Weise verdeutlicht. Sie sind Teil einer Reihe tödlicher Anschläge, zu denen sich der sogenannte „Islamische Staat“ bekannt hat, in Europa - etwa in Belgien und Dänemark - aber auch in der Türkei, in Tunesien, Ägypten, im Libanon, in Kuwait, Saudi-Arabien, Libyen und in Südostasien. Die Verflechtung von innerer und äußerer Sicherheit wird auch angesichts der steigenden Zahl europäischer Kämpfer, die sich dem „Islamischen Staat“ anschließen, immer sichtbarer.

Wir sollten uns jedoch vor zwei falschen Schlussfolgerungen hüten. Die erste wäre, dass das Schengener Abkommen „tot“ ist und dass der effektive Schutz der europäischen Bürger nur durch die dauerhafte Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen gewährleistet werden kann. Eine lückenlose Kontrolle dieser Grenzen, die täglich

von Hunderttausenden passiert werden, ist schlicht unmöglich. Kontrollen an den Binnengrenzen sind fälschlicherweise beruhigend und dafür sehr kostspielig. In Wirklichkeit reduzieren sie die Sicherheit der Europäer, indem sie menschliche und finanzielle Ressourcen binden, die für die Nachrichtendienste, mobile Kontrollen, die polizeiliche Zusammenarbeit und die Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen des Schengen-Raumes benötigt werden.

Die zweite falsche Schlussfolgerung wäre, Flüchtlinge mit Terroristen gleichzusetzen. Die Terroristen, die die Anschläge in Madrid, London, Brüssel und Paris verübt haben, sind europäische Staatsbürger, die in Europa geboren wurden. Die Flüchtlinge wiederum fliehen selbst vor Terrorismus und Gewalt. Derartige Schlussfolgerungen führen zu nationalistischen und fremdenfeindlichen Reflexen, die die EU von innen zerstören. Angesichts des Ausmaßes der terroristischen Bedrohung und der gesamteuropäischen Herausforderungen, die mit den Migrationsströmen einhergehen, müssen sich die Mitgliedstaaten davor

hüten, unilateral zu handeln. Auch wenn einseitige Maßnahmen kurzfristig die Illusion nationaler Lösungen aufrecht erhalten, verhindern sie die verantwortungsvollen und solidarischen Entscheidungen, die unsere Sicherheit auf Dauer gewährleisten können.

Die terroristische Bedrohung und die Migrationsströme sind in erster Linie mit einer tiefgreifenden Verschlechterung der Lage in den EU-Nachbarländern verbunden. Die Europäische Nachbarschaftspolitik, die 2004 zum Ziel hatte, einen Ring stabiler, wohlhabender und friedlicher Länder an den Außengrenzen der EU zu etablieren, ist vollständig gescheitert. Die Europäer, die im Falle eines militärischen Angriffs auf die Unterstützung der NATO vertrauen und sich stark auf ihre eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten konzentriert haben, haben die Auswirkungen der Umwälzungen in ihrer Nachbarschaft weit unterschätzt oder sich gegenseitig die Verantwortung für eine angemessene Antwort zugeschoben. Die Unzulänglichkeiten der europäischen Außenpolitik und die unzureichende Fähigkeit der EU, frühzeitig auf Krisen wie die Flüchtlingskrise zu reagieren, werden immer offensichtlicher. Der Grund dafür ist in erster Linie die Uneinigkeit der 28 Mitgliedstaaten. Wenn wir die Bemühungen der UNO zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Flüchtlingscamps in Jordanien, im Libanon und in der Türkei gemeinsam und substantiell unterstützt hätten, wäre es uns wahrscheinlich gelungen, die aktuelle Flüchtlingskrise und humanitäre Katastrophe besser in den Griff zu bekommen.

Abgesehen von den Maßnahmen zur Bekämpfung der Piraterie vor den Küsten Somalias, über die sich alle Mitgliedstaaten einig sind, ist die Bilanz der im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingeleiteten Missionen und Operationen eher gemischt. Häufig ist die Beruhigung der Lage im jeweiligen Land nur vorübergehend. Die Interventionskapazität der EU ist auf Konflikte mit geringer Intensität beschränkt. Die Frage der Verteilung der Kosten der EU-Operationen bleibt ungeklärt und der größte Teil lastet auf einigen wenigen Mitgliedsstaaten. Dadurch ist die Fähigkeit der EU, sich in neuen Regionen zu engagieren, stark begrenzt. Darüber hinaus hat die Wirtschafts- und Finanzkrise unkoordinierte Kürzungen der nationalen Verteidigungsausgaben nach sich gezogen. Seit fast sieben Jahren verfügen wir im EU-Vertrag über eine Klausel zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit in der Verteidigung, die noch nie genutzt wurde. Das Gleiche gilt für die Schnelle Eingreiftruppe sowie die EU-Kampfgruppen

(„Battlegroups“). Warum werden zahlreiche intergouvernementale Kooperationsinstrumente und europäische Aktionspläne für militärische Kapazitäten oder das nicht-militärische Krisenmanagement geschaffen, wenn in den Hauptstädten der politische Wille fehlt, deren Umsetzung sicherzustellen?

Gegenwärtig beunruhigen uns nicht nur die Instabilität unserer Nachbarn im Süden und die Außenpolitik Russlands, sondern auch der Mangel an überzeugenden Antworten der Europäer und einem echten Streben nach einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die der Bedrohungslage angemessen ist. 2015 wurden in Brüssel einige Initiativen ergriffen. Im Juni wurde eine neue europäische Strategie der inneren Sicherheit präsentiert, gefolgt von einer Neufassung der europäischen Nachbarschaftspolitik im November. Nach jahrelangem Zögern haben die Staats- und Regierungschefs der EU auch beschlossen, die Europäische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 zu überarbeiten. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini hat ein umfassendes Konsultationsverfahren mit den europäischen Institutionen einerseits und den Mitgliedstaaten andererseits eingeleitet, um bis Juni 2016 eine neue „globale Strategie der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“ vorzulegen. Dieser integrative Prozess ist lobenswert und absolut notwendig. Allerdings besteht die Gefahr, dass der damit verbundene Anspruch verwässert wird, um politische Kompromisse zu erleichtern. Dies gilt umso mehr angesichts des britischen Referendums zum EU-Austritt am 23. Juni und der Präsentation des neuen strategischen Konzepts der NATO im Juli 2016. Doch im Hinblick auf die externe und interne Lage der EU darf die Stärkung der EU-Außenpolitik nicht zu einer abstrakten, allumfassenden und somit realitätsfernen Übung werden.

1. Prioritäten setzen

Die Effizienz der europäischen Außenpolitik hängt zunächst von unserer Fähigkeit ab, gemeinsame Prioritäten festzulegen und uns darauf zu fokussieren. Kurzfristig muss sich die EU auf zwei sicherheitspolitische Herausforderungen konzentrieren. Die erste ist der Kampf gegen den Dschihadismus, beginnend mit dem „Islamischen Staat“ in Syrien, im Irak und in anderen anfälligen Ländern der Region sowie in Afrika (Sahara-Länder und subsaharisches Afrika). Die zweite ist die Neudefinition der Beziehungen zwischen der EU und Russland im Allgemeinen, aber vor allem in Bezug auf die Situation im Nahen Osten und in der

Ukraine. Die EU muss einen modus operandi finden, der es ihr erlaubt, mit Russland bei internationalen Angelegenheiten zu kooperieren und gleichzeitig angesichts der Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine ihre Position unnachgiebig zu verteidigen.

Mittelfristig benötigt die EU eine echte Migrationspolitik. Um vom Krisenmanagement zu einer strategischen Krisenprävention übergehen zu können, müssen die Ursachen der Migrationsbewegungen und die potenziellen Auswirkungen der Instrumente der europäischen Außenpolitik auf diese Migrationsströme im Detail analysiert werden. Die Bekämpfung verschiedener Instabilitätsfaktoren (Terrorismus, zerfallende Staaten, Bürgerkriege), auf die sich die Vertreibung zahlreicher Bevölkerungsgruppen zurückführen lässt, oder die vorausschauende Berücksichtigung anderer Faktoren, die die Mobilität fördern (Ausdehnung der Mittelschicht, Verstädterung oder Digitalisierung), müssen zu transversalen Aufgaben der EU erklärt werden. Nur so können wir zu einer ausgewogenen Migrationspolitik kommen, die sowohl dem europäischen Bedarf an Arbeitskräften als auch den humanitären Krisen und sicherheitspolitischen Risiken gerecht wird.

Diese kurz- bzw. mittelfristigen Herausforderungen sind Teil langfristiger struktureller Herausforderungen, wie dem Klimawandel oder der demografischen Entwicklung in Afrika mit einer Bevölkerung, die sich bis 2050 verdoppeln dürfte. Diese Faktoren sind nicht nur Herausforderungen für die Entwicklung, sondern können auch die sicherheitspolitischen Bedrohungen verstärken, mit denen die EU bereits jetzt zu kämpfen hat.

Um europäische Prioritäten zu definieren, gilt es auch Bereiche zu identifizieren, in denen die EU einen echten Mehrwert erbringen kann. Geografisch muss sich die EU auf ihre nächsten Nachbarn und die Länder südlich der Sahara konzentrieren. Die Stabilität der Nachbarländer ist von strategischer Bedeutung, um einerseits die unfreiwilligen Migrationsströme zu begrenzen und andererseits die zahlreichen wirtschaftlichen Gelegenheiten zu nutzen, die Afrika für die Europäer bereit hält. Eine zu umfassende globale Betrachtungsweise der sicherheitspolitischen Risiken, die weit entfernte Regionen wie das Chinesische Meer umfasst, würde die strategische Handlungsfähigkeit der EU eher mindern als stärken.

Die EU hat einen unbestreitbaren Mehrwert bei der Mobilisierung gemeinsamer wirtschaftlicher

Instrumente, beginnend mit der europäischen Handelspolitik, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch geo- und sicherheitspolitische Zielsetzungen beinhalten muss. Zur Entwicklungs- und humanitären Hilfe kommen noch die wirtschaftlichen Sanktionen hinzu, deren Effizienz umso größer ist, wenn sie finanzielle Interessen anvisieren. Die Rückkehr der Geopolitik auf dem europäischen Kontinent und in den Nachbarländern ist eine Aufforderung für uns, die Verknüpfung zwischen wirtschaftlichen Instrumenten und sicherheitspolitischen Zielsetzungen zu stärken.

Darüber hinaus bedarf es einer eingehenden Auseinandersetzung mit dem Stellenwert der europäischen Verteidigungspolitik im umfassenden Ansatz. Um zu vermeiden, dass das Ergebnis solcher Überlegungen im Rahmen einer zwangsläufig kurzen und abstrakten Meta-Strategie an den Rand gedrängt wird, muss diese durch eine europäische Verteidigungsstrategie ergänzt werden, die folgende Aspekte beinhaltet: Festsetzung von Prioritäten im Bereich des Kapazitätsbedarfs, Förderung einheitlicher Zeitpläne und einer Annäherung der nationalen militärischen Ausrüstungs- und Ausbildungspolitiken sowie eine bessere Verteilung der Verteidigungsanstrengungen unter den Mitgliedstaaten.

Die Stärkung militärischer Kapazitäten muss immer einem zivil-militärischen Ansatz mit einer politischen Zielsetzung dienen. Das mehrjährige und vergleichsweise erfolgreiche europäische Krisenmanagement in Somalia bietet in dieser Hinsicht ein positives Beispiel. Angesichts der instabilen Lage in unseren Nachbarländern und der großen Vielfalt der Herausforderungen erlangen zivil-militärische Ansätze eine immer größere Bedeutung, ob bei traditionellen Operationen, der Grenzüberwachung oder der Bekämpfung von Terrornetzwerken.

Die Hohe Vertreterin legt den Schwerpunkt auf den europäischen umfassenden Ansatz und auf die bessere Koordination zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Auswärtigen Dienst. Die institutionsübergreifende Koordination ist unerlässlich, um die Kohärenz der EU-Außenpolitik zu gewährleisten. Dies verdeutlicht etwa die Einbindung einer geopolitischen Dimension in die Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit vom Mai 2014 sowie in die Handelspolitik der EU im Rahmen der Strategie „EU trade for all“ vom Oktober 2015. Doch neue institutionelle Leitlinien allein werden nicht ausreichen,

um die wahrgenommene Ohnmacht der EU zu überwinden. Was die EU braucht, ist ein starker politischer Impuls zugunsten einer stärkeren Integration ihrer Außenpolitik und zur Bündelung der dazu notwendigen Ressourcen.

2. Unverzüglich Handeln: Fünf Vorschläge

Die EU ist eine wichtige Ebene für sicherheitspolitische Maßnahmen, die nationalstaatliche Handlungen ergänzen. Die Bürger sind sich dieser Tatsache durchaus bewusst. Meinungsumfragen zeigen regelmäßig, dass die europäische Öffentlichkeit eine stärkere europäische Zusammenarbeit bei außen- und sicherheitspolitischen Aspekten sowie Verteidigungs- und Migrationsfragen fordert. Der Eurobarometer-Umfrage vom Mai 2015 ist zu entnehmen, dass 74 % der europäischen Bürger eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik befürworten und dass Themen wie Migration und Terrorismus als die größten Herausforderungen der EU angesehen werden. Eine neue Legitimierung der EU setzt konkrete politische Initiativen voraus, die durch gemeinsames Handeln im Rahmen des umfassenden Ansatzes umgesetzt werden und die Situation in unseren Nachbarländern verbessern und die Ursachen der Sicherheitsbedrohungen angehen.

2.1. Ausweitung der Solidarität im Kampf gegen den „Islamischen Staat“

Eine dieser politischen Initiativen war die Inanspruchnahme der gegenseitigen Beistandsklausel durch Frankreich im November 2015 nach den Terroranschlägen in Paris. Die Reaktionen mehrerer Mitgliedstaaten – wie des Vereinigten Königreichs mit den Luftschlägen in Syrien, Deutschlands mit dem Ausrüstungs- und Personalbeitrag, Belgiens mit der Entsendung eines Kontingents in die Sahelzone oder auch Schwedens mit der Bereitstellung von Lufttransportmitteln – haben gezeigt, dass die EU ein kollektives Sicherheitssystem zur Verteidigung unserer gemeinsamen Werte darstellt. Dies ist ein wichtiges politisches Symbol. Doch die Tatsache, dass die Antworten der Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausfielen und außerhalb des EU-Rahmens formuliert wurden, ist ein dringender Aufruf dazu, aktiv über die operative Nutzung der Beistandsklausel nachzudenken, um ein koordiniertes Handeln zu ermöglichen.

Konkret müssen wir den Anwendungsbereich von Solidarität und Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten erweitern, um unsere Anstrengungen

zur Eindämmung des „Islamischen Staats“ zu verstärken. Diese Bemühungen dürfen sich jedoch nicht nur auf diejenigen beschränken, die derartige Aktionen ohnehin bereits befürworten. Jeder EU-Mitgliedstaat ist mitverantwortlich, eine Antwort auf diese Herausforderung zu liefern, und kann dazu beitragen, das gemeinsame Vorgehen auf verschiedene Arten zu unterstützen (wenn keine Teilnahme an den Luftschlägen gewünscht wird, durch Logistikunterstützung oder anderweitige Beteiligung an Auslandseinsätzen etc.). Die EU muss zudem darauf hinwirken, dass die Beschlüsse der G20-Mitglieder zur Bekämpfung der Finanzierung von Terrornetzen umgesetzt werden.

2.2. Entwicklung einer mittelfristigen Strategie für Syrien

Die Kriege in Afghanistan und im Irak haben einmal mehr gezeigt, dass der Einsatz militärischer Mittel nicht ausreicht, um ein Land dauerhaft zu stabilisieren. Die Europäer müssen ihre militärischen Bemühungen dadurch ergänzen, dass sie aktiv an der Ausarbeitung einer politischen Lösung für den Konflikt in Syrien mitwirken und dabei die Lehren aus den misslungenen politischen Transitionen in Afghanistan, im Irak und in Libyen berücksichtigen. Die Rolle der EU gegenüber den internationalen und regionalen Mächten, die am stärksten in den Konflikt eingebunden sind, darf nicht nur eine Zuschauerrolle sein. Vielmehr sollte die EU als Katalysator wirken, um diese Mächte davon abzuhalten, ihren Stellvertreterkrieg weiter zu intensivieren. Die Mitgliedstaaten brauchen hier nicht unbedingt einstimmig zu sprechen, müssen sich aber koordinieren, um dieselbe Botschaft mehrstimmig zu vermitteln.

2.3. Unnachgiebiges und geeintes Auftreten „gegenüber und mit“ Russland

Die Mobilisierung gegen den „Islamischen Staat“ darf die Europäer nicht daran hindern, die umfassenden Forderungen an Russland in der Ukraine-Frage aufrechtzuerhalten. Die Einigkeit, die die Europäer mit der Verlängerung der Sanktionen und ihrem unnachgiebigen Auftreten bezüglich der Einhaltung der Bedingungen des Minsker Abkommens für eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen demonstrieren, ist begrüßenswert. Die EU müsste darüber hinaus ihre Position zum EU-Beitritt der Ukraine unmissverständlich klarstellen. Die dafür erforderlichen Voraussetzungen sind noch nicht erfüllt. Der demokratische Wandel in der Ukraine hängt vor allem von einer verstärkten Unterstützung der wirtschaftlichen und politischen Reformbemühungen ab.

2.4. Dringende Antwort auf die Migrationskrise

Die EU muss einerseits ihre moralische Pflicht erfüllen, Flüchtlinge aufzunehmen, und andererseits die Befürchtungen der Bürger bezüglich der Migrationsströme und der sicherheitspolitischen Herausforderungen ernst nehmen, die mit der Freizügigkeit im Schengen-Raum verbunden sind. Den menschlichen und wirtschaftlichen Nutzen der Freizügigkeit von mehr als 400 Millionen Bürgern zu bewahren setzt eine Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen und der internen Überwachung voraus. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Initiative der Kommission zur Einrichtung eines europäischen Grenzschutzkorps, das eine gemeinsame Nutzung der europäischen Kapazitäten im Hinblick auf eine bessere Kontrolle der EU-Außengrenzen ermöglichen würde, und rufen zu einer schnellen Umsetzung der Entscheidung des Rates auf. Um die Situation an unseren Grenzen wieder unter Kontrolle zu bekommen, ist es allerdings unerlässlich, die Mittel und die Anzahl der europäischen Zentren zur Registrierung und Bearbeitung von Asylbewerbern, den sogenannten „Hotspots“, in Griechenland und Italien zu verstärken, das Dublin-Abkommen zu überarbeiten und das Asylrecht in den verschiedenen Mitgliedstaaten zu vereinheitlichen.

Doch wie der Mechanismus zur Verteilung von 120.000 syrischen Flüchtlingen zeigt, der bislang nur zur Umsiedlung einiger Hundert Personen geführt hat, ist die oberste Priorität die Umsetzung der bestehenden Kooperationsinstrumente. Es geht im Moment nicht darum, einen Mitgliedstaat aus dem Schengen-Raum auszuschließen, sondern die gemeinsam getroffenen Entscheidungen einzuhalten. Diese Umsetzungsbemühungen betreffen ebenfalls die mit Drittländern abgeschlossenen Vereinbarungen, wie mit der Türkei bezüglich der Einrichtung von Lagern für die syrischen Flüchtlinge, der Bekämpfung des Menschenhandels oder der Grenzüberwachung. Die Überarbeitung des Zollunion-Abkommens, die die EU auf Betreiben der Türkei in die Wege geleitet hat, müsste erheblich von der Umsetzung dieser Vereinbarung abhängig gemacht werden. Darüber hinaus darf mit der Flexibilisierung des Haushalts der Europäischen Kommission, auch im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, nicht wie vorgesehen bis 2017 gewartet werden. Die EU muss sich angesichts der Dringlichkeit der Lage reaktionsfähiger zeigen und die Maßnahmen der UNO sowie der vom Flüchtlingsansturm meist betroffenen Drittstaaten finanziell unterstützen.

2.5. Vertiefung und Ausweitung der Kooperation in Sicherheitsfragen

Um ihre innere Sicherheit zu gewährleisten, müssen die Mitgliedstaaten den Informationsaustausch zwischen ihren Polizei- und Nachrichtendiensten intensivieren. Die Einrichtung des neuen europäischen Anti-Terrorzentrums bei Europol geht in die richtige Richtung, doch dessen Erfolg hängt von der Unterstützung und dem Vertrauen der nationalen Stellen ab. Das Kontinuum zwischen innerer und äußerer Sicherheit fordert darüber hinaus eine verstärkte Kooperation mit unseren Nachbarn im Kampf gegen die Radikalisierung und den Terrorismus. Wir unterstützen daher die neue Europäische Nachbarschaftspolitik, die den Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Steigerung der Resilienz der Partnerländer gegenüber dem Extremismus legt und ein stärkeres Engagement im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, der Reform des Sicherheitssektors und der Grenzüberwachung vorsieht.

Wir benötigen darüber hinaus eine intensivere Kooperation in Sicherheits- und Verteidigungsfragen zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission. Eine flexiblere Handhabung der Finanzinstrumente der Kommission muss deren Einsatz im Rahmen von Sicherheitszielsetzungen ermöglichen, wie zum Beispiel bei dualen Forschungsprojekten in Sektoren, die noch Kapazitätslücken aufweisen (Drohnen oder Satelliten). Auf operativer Ebene kann die Kommission dazu beitragen, zivil-militärische Synergien zu stärken, indem sie Maßnahmen zur Ergänzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik finanziert, wie etwa beim Kapazitätsaufbau im Sicherheitssektor („train and equip“). Die EU hat in Somalia und Mali zwar Truppen ausgebildet, aber nicht die benötigte und teure Ausrüstung geliefert.

Um schließlich eine Kontinuität in den strategischen Überlegungen der EU zu Sicherheits- und Verteidigungsfragen zu gewährleisten und die Fähigkeit der EU zu stärken, Krisen frühzeitig zu erkennen, müsste der Europäische Rat einmal pro Jahr als „Sicherheitsrat“ tagen. Seine Aufgabe bestünde darin, die mittel- und langfristigen Bedrohungen zu evaluieren und eine Bestandsaufnahme der Instrumente für eine schnelle Reaktion zu erstellen. Der „Sicherheitsrat“ könnte etwa den Einsatz der intergouvernementalen Instrumente, wie der EU-Kampfgruppen oder der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, anstoßen. Gleichzeitig könnte er die Rolle der Europäischen

Verteidigungsagentur stärken, die die Aufgabe hätte, den „Sicherheitsrat“ vorzubereiten und konkrete langfristige Projekte vorzuschlagen, um die industrielle und technologische Basis je nach Kapazitätslücken in einem oder zwei prioritären Sektoren auszubauen. Der Europäische „Sicherheitsrat“ müsste direkt umsetzbare Entscheidungen treffen, um zu vermeiden, dass die Analyse abstrakt oder folgenlos bleibt. Er könnte zum Beispiel einstimmig Leitlinien verabschieden, die durch einen Beschluss mit qualifizierter Mehrheit des Rates der Außenminister direkt anwendbar wären.

Die EU kann sich nicht länger vorwerfen lassen, dass nationale politische Verantwortliche nicht bereit sind, kollektive Antworten auf außenpolitische Herausforderungen zu finden. Es ist an der Zeit, dass die nationalen Entscheidungsträger, die für die Zukunft der EU verantwortlich sind, gemeinsam handeln und der Forderung einer Mehrheit der Bürger nachkommen, die EU dazu zu befähigen, auf Krisen frühzeitig zu reagieren und effektiv Einfluss zu nehmen. Denn in Sicherheitsfragen gilt nach wie vor das Motto: Gemeinsam sind wir stark.

WHAT EUROPEAN SECURITY AND DEFENCE POLICY DO WE NEED?

Elvire Fabry, Thomas Pellerin-Carlin and Emmett Strickland, *Synthesis of the Jacques Delors Institute's European Steering Committee*, December 2015

SUPPORTING UKRAINE'S DIFFICULT PATH TOWARDS REFORMS

Jan Jakub Chromiec and Nicole Koenig, *Policy paper No. 143*, Jacques Delors Institute, December 2015

EUROPEAN DEFENCE COOPERATION: SPEAK THE TRUTH, ACT NOW

Thomas Pellerin-Carlin and Emmett Strickland, *Synthesis of the 6th edition of the "Ateliers de la citadelle"*, Jacques Delors Institute, November 2015

NEIGHBOURHOOD POLICY: MORE OR NO MORE?

Eneko Landaburu, *Tribune*, Jacques Delors Institute, May 2015

THE EU'S MIGRANT STRATEGY: A WELCOME NEW IMPETUS

Yves Pascouau and António Vitorino, *Tribune - Viewpoint*, Jacques Delors Institute, May 2015

"SCHENGEN", TERRORISM AND SECURITY

Yves Bertoincini and António Vitorino, *Tribune - Viewpoint*, Jacques Delors Institute, February 2015

WHY WE SHOULD BELIEVE IN EUROPEAN DEFENCE

Elisabeth Guigou, *Tribune*, Notre Europe - Jacques Delors Institute, November 2014

ENGAGING EUROPE IN THE WORLD

Jacques Delors, Pascal Lamy, António Vitorino, Eneko Landaburu, Elisabeth Guigou, Etienne Davignon, Nicole Gnesotto, Philippe De Schoutheete, Elvire Fabry and Sami Andoura, *Tribune*, Notre Europe - Jacques Delors Institute, June 2014

EUROPEANS AND THE USE OF FORCE

António Vitorino and Elvire Fabry, *Tribune*, Notre Europe - Jacques Delors Institute, December 2013

ARMED EUROPE

Nicole Gnesotto, *Tribune*, Notre Europe - Jacques Delors Institute/The Eyes, December 2013

EU EXTERNAL ACTION: TIME FOR A STRATEGIC REBOUND

Chiara Rosselli, *Synthesis*, Notre Europe - Jacques Delors Institute, July 2013

THINK GLOBAL - ACT EUROPEAN IV - THINKING STRATEGICALLY ABOUT THE EU'S EXTERNAL ACTION

Elvire Fabry and Chiara Rosselli, *Studies & Reports No. 96*, Notre Europe - Jacques Delors Institute, April 2013

EUROPEAN INFLUENCE: THE NEED FOR A PARADIGM SHIFT

Elvire Fabry, *Synthesis*, Notre Europe - Jacques Delors Institute, October 2012

Zu den gleichen Themen...

Herausgeber: Prof. Dr. Henrik Enderlein • Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder • Alle Rechte vorbehalten • Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig • Übersetzung aus dem Französischen: Kerstin Wels • © Jacques Delors Institut - Berlin, 2016.



Hertie School
of Governance

Pariser Platz 6, D - 10117 Berlin
19 rue de Milan, F - 75009 Paris
office@delorsinstitut.de
www.delorsinstitut.de

